

Lesefassung mit 2. Änderung vom 06.08.2020

**Hauptsatzung  
der Gemeinde Boiensdorf  
vom 13.08.2019**

Auf der Grundlage des § 5 Abs. 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 777), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2019 (GVOBl. M-V S. 467), wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 13.08.2019 und nach Abschluss des Anzeigeverfahrens bei der Landrätin des Landkreises Nordwestmecklenburg als untere Rechtsaufsichtsbehörde nachfolgende Hauptsatzung der Gemeinde Boiensdorf erlassen:

**§ 1  
Name/Dienstsiegel**

- (1) Die Gemeinde führt den Namen Boiensdorf.
- (2) Die Gemeinde Boiensdorf ist eine amtsangehörige Gemeinde des Amtes Neuburg.
- (3) Die Gemeinde Boiensdorf führt als Dienstsiegel das kleine Landessiegel mit dem Wappenbild des Landesteils Mecklenburg, einem hersehenden Stierkopf mit abgerissenem Halsfell und Krone, und der Umschrift

„GEMEINDE BOIENSDORF • LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG“

**§ 2  
Ortsteile**

Die Gemeinde besteht aus den Ortsteilen Boiensdorf, Niendorf und Stove. Es werden keine Ortsteilvertretungen gebildet.

**§ 3  
Rechte der Einwohner**

- (1) Zum Zwecke der Unterrichtung über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Gemeinde beruft der/die Bürgermeister/in durch öffentliche Bekanntmachung eine Versammlung der Einwohner ein. Die Einwohnerversammlung kann auch begrenzt auf Ortsteile durchgeführt werden.
- (2) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die in der Gemeindevertretersitzung behandelt werden müssen, sollen dieser in einer angemessenen Frist zur Beratung vorgelegt werden.

- (3) Die Einwohner erhalten die Möglichkeit, in einer Fragestunde zu Beginn des öffentlichen Teils der Gemeindevertretersitzung Fragen an alle Mitglieder der Gemeindevertretung sowie die Bürgermeisterin/ den Bürgermeister zu stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten. Für die Fragestunde ist eine Zeit bis zu 30 Minuten vorzusehen.
- (4) Der/die Bürgermeister/in ist verpflichtet, im öffentlichen Teil der Sitzung der Gemeindevertretung über wichtige Gemeindeangelegenheiten zu berichten.

#### **§ 4 Gemeindevertretung**

- (1) Die Vertretung der Bürger führt den Namen Gemeindevertretung, die Mitglieder der Gemeindevertretung führen die Bezeichnung Gemeindevertreter.
- (2) Die Gemeindevertretersitzungen sind öffentlich.
- (3) Die Öffentlichkeit ist grundsätzlich in folgenden Fällen ausgeschlossen:
  1. einzelne Personalangelegenheiten,
  2. Steuer- und Abgabeangelegenheiten Einzelner,
  3. Grundstücksgeschäfte,
  4. Vergabe von Aufträgen
  5. Angelegenheiten, die dem Sozialgeheimnis unterliegen.
- (4) Anfragen von Gemeindevertretern sollen spätestens fünf Arbeitstage vor der Gemeindevertretersitzung bei dem/der Bürgermeister/in eingereicht werden. Mündliche Anfragen während der Gemeindevertretersitzung sollen, sofern sie nicht in der Sitzung selbst beantwortet werden, spätestens innerhalb von vierzehn Tagen schriftlich beantwortet werden.
- (5) Die Gemeindevertretung gibt sich eine Geschäftsordnung.

#### **§ 5 Ausschüsse**

- (1) Es wird ein Haupt- und Finanzausschuss gebildet. Dem Haupt- und Finanzausschuss gehören neben dem/der Bürgermeister/in drei Gemeindevertreter an. Stellvertretende Ausschussmitglieder werden nicht gewählt.
- (2) Das Aufgabengebiet des Haupt- und Finanzausschusses umfasst:
  - Finanz- und Haushaltswesen,
  - Steuern, Gebühren, Beiträge, sonstige Abgaben,
  - Erarbeitung und Begleitung des Haushaltsplanes,
  - Personal- und Organisationsfragen,
  - Koordinierung der Arbeit der weiteren Ausschüsse.
- (3) Der Haupt- und Finanzausschuss entscheidet über die Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen innerhalb einer Wertgrenze

von 2.500,00 € bis unter 5.000,00 €, sowie bei außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen innerhalb einer Wertgrenze von 1.000,00 € bis unter 2.500,00 € je Ausgabefall.

- (4) Der Haupt- und Finanzausschuss entscheidet über die Vergabe von Aufträgen nach der VOL und nach der VOB innerhalb einer Wertgrenze von 5.000,00 € bis unter 10.000,00 €.
- (5) Der Haupt- und Finanzausschuss entscheidet weiterhin über die Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen innerhalb einer Wertgrenze von 5.000,00 € bis unter 10.000,00 €.
- (6) Der Haupt- und Finanzausschuss entscheidet über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen im Sinne von § 44 Abs. 4 KV M-V innerhalb einer Wertgrenze von 100,00 € bis unter 1.000,00 €.
- (7) Der Haupt- und Finanzausschuss trifft Entscheidungen über Anträge auf Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens zum Bau von Garagen, Carports und Gartenhäusern sowie zum Um-, Aus- und Anbau vorhandener Gebäude einschließlich Änderungen an Fassade und Dach nach Beratung durch den Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Bau, Verkehr und Umwelt.
- (8) Der Haupt- und Finanzausschuss entscheidet in Personalangelegenheiten im Einvernehmen mit der Bürgermeisterin/ dem Bürgermeister über Ausschreibungen, Einstellungen, Höhergruppierungen und Kündigungen.
- (9) Die Gemeindevertretung ist in der folgenden Sitzung der Gemeindevertretung über die Entscheidungen zu unterrichten.
- (10) Die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses sind nicht öffentlich.
- (11) Gemäß § 36 KV M-V werden nachfolgende beratende Ausschüsse gebildet:

Diese Ausschüsse setzen sich jeweils aus 5 Mitgliedern zusammen, von denen 2 sachkundige Einwohnerinnen/ Einwohner sein können. Für den/ die Ausschussvorsitzende/n wird ein/e Stellvertreter/in gewählt. Weitere Stellvertretende Ausschussmitglieder werden nicht gewählt.

#### **Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Bau, Verkehr und Umwelt**

Aufgaben:

- Flächennutzungsplanung, Bauleitplanung, Wirtschaftsförderung,
- Hoch-, Tief- und Straßenbauangelegenheiten, Probleme der
- Kleingartenanlagen, Umwelt- und Naturschutz, Denkmal- und
- Landschaftspflege.

#### **Ausschuss für Soziales, Schule, Jugend, Kultur und Sport**

Aufgaben:

- Sozialwesen, Kindertagesstätten,

- Seniorenbetreuung,
- Fremdenverkehr, Wohnungswesen, gemeinnütziges Vereinswesen,
- Betreuung der Schul- und Kultureinrichtungen, Kulturförderung und
- Sportentwicklung, Jugendförderung, Vereinswesen.

- (12) Die Sitzungen der beratenden Ausschüsse nach Abs. 5 sind nicht öffentlich.
- (13) Die Aufgaben des Rechnungsprüfungsausschusses werden dem Rechnungsprüfungsausschuss des Amtes Neuburg übertragen.

## **§ 6 Bürgermeister/Stellvertreter**

- (1) Der/die Bürgermeister/in ist gleichzeitig Vorsitzende/r der Gemeindevertretung. Er/sie und seine/ihre 2 Stellvertreter werden für die Wahlperiode der Gemeindevertretung gewählt.
- (2) Der/die Bürgermeister/in trifft Entscheidungen nach § 22 Abs. 4 KV M-V unterhalb der folgenden Wertgrenzen:
  - 1. Der Bürgermeister entscheidet über die Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen unterhalb der Wertgrenze von 2.500,00 €, sowie bei außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen unterhalb der Wertgrenze von 1.000,00 € je Ausgabenfall.
  - 2. Der/die Bürgermeister/in entscheidet über Verträge im Sinne von § 39 Abs.2 Satz 1 und 12 (Verträge mit Gemeindevertretern) KV M-V bis zu einer Wertgrenze von unter 2.500,00 € und bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich bis zu unter 500,00 €.
  - 3. Der/die Bürgermeister/in entscheidet über die Vergabe von Aufträgen nach der UVgO und nach der VOB bis zum Wert von unter 5.000,00 € netto.
  - 4. Der/die Bürgermeister/in entscheidet weiterhin über die Vergabe von Architekten und Ingenieurleistungen bis zu einem Wert von unter 5.000,00 € netto.
- (3) Erklärungen der Gemeinde im Sinne des § 39 Abs. 2 Satz 7 KV M-V bis zu einer Wertgrenze von unter 5.000,00 € netto bzw. bei wiederkehrenden Verpflichtungen von unter 1.000,00 € netto pro Monat können von der Bürgermeisterin/ vom Bürgermeister allein bzw. durch eine/n von ihr/m beauftragten Bediensteten des Amtes abgegeben werden. Es bedarf nicht der Schriftform. Erklärungen gegenüber einem Gericht bis zu einer Wertgrenze von unter 10.000,00 € netto können von der Bürgermeisterin/ vom Bürgermeister allein bzw. durch eine/n von ihr/m beauftragten Bediensteten des Amtes in einfacher Schriftform ausgefertigt werden.
- (4) Der/die Bürgermeister/in erteilt auf Antrag die Negativbescheinigung nach § 28 BauGB, sofern der Gemeinde kein gesetzliches Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB

zusteht. Sofern ein Vorkaufsrecht besteht, obliegt die Entscheidung über die Ausübung oder Nichtausübung der Gemeindevertretung.

- (5) Der/die Bürgermeister/in entscheidet über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen im Sinne von § 44 Abs. 4 KV M-V bis zum Wert von unter 100,00 €.

## **§ 7 Entschädigungen**

- (1) Der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung von 700,00 €. Im Krankheitsfall wird diese Entschädigung 6 Wochen weitergezahlt. Eine Weiterzahlung erfolgt auch bei urlaubsbedingter Abwesenheit, soweit diese zu vertretenden Zeiten nicht über 3 Monate hinausgehen.
- (2) Die stellvertretenden Personen des Bürgermeisteramtes erhalten bei Verhinderung der Bürgermeisterin/ des Bürgermeisters nach Ablauf von 3 Monaten für die Dauer der tatsächlichen Stellvertretung der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters bei Vorliegen eines konkreten Dienstgeschäftes 1/30 der Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 pro Tag. Amtiert eine stellvertretende Person, weil die gewählte Bürgermeisterin oder der gewählte Bürgermeister ausgeschieden ist, steht ihr oder ihm die Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 zu.
- (3) Die Mitglieder der Gemeindevertretung, die keine funktionsbezogene Aufwandsentschädigung nach den Absätzen 1 oder 2 erhalten, erhalten einen monatlichen Sockelbetrag von 10,00 €. Alle Mitglieder der Gemeindevertretung erhalten für Sitzungen der Gemeindevertretungen und ihrer Ausschüsse ein Sitzungsgeld von 40,00 €. Gleiches gilt für die sachkundigen Einwohner für die Teilnahme an Sitzungen des Ausschusses, in den sie gewählt worden sind. Ausschussvorsitzende erhalten für jede von ihnen geleitete Ausschusssitzung 60,00 €.
- (4) Pro Tag darf nur ein Sitzungsgeld gewährt werden.
- (5) Von der Gemeinde in andere Vertretungsorgane öffentlich-rechtlicher Körperschaften entsandte Gemeindevertreter/ innen und sachkundige Einwohner/ innen erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen dieser öffentlich rechtlichen Körperschaften eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 40,00 €, sofern die Körperschaft nicht selbst eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung für die Teilnahme an deren Sitzungen zahlt.

## **§ 8**

### **Öffentliche Bekanntmachungen**

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde Boiensdorf erfolgen grundsätzlich im Internet, zu erreichen über den Link „Gemeinde Boiensdorf / Bekanntmachungen“ auf der Homepage des Amtes Neuburg unter der Internetadresse <http://www.amt-neuburg.de>.  
Unter der Anschrift Amt Neuburg, Hauptstraße 10a, 23974 Neuburg kann jedermann sich Satzungen der Gemeinde kostenpflichtig zusenden lassen. Textfassungen von allen Satzungen der Gemeinde liegen unter obiger Adresse zur Mitnahme aus oder werden dort bereitgehalten.

- (2) Die Bekanntmachung und Verkündung ist mit Ablauf des ersten Tages bewirkt, an dem die Bekanntmachung in der Form nach Absatz 1 im Internet verfügbar ist. Dieser Tag wird in der Bekanntmachung vermerkt.
- (3) Ist die öffentliche Bekanntmachung in der nach Abs. 1 festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so erfolgt die Unterrichtung der Öffentlichkeit durch Aushang an der Bekanntmachungstafel

Stove - Kreuzung Mühlenstraße / Zum Breitling.

Die öffentliche Bekanntmachung in der vorgeschriebenen Form ist nach Entfallen des Hinderungsgrundes unverzüglich nachzuholen.

- (4) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Gemeindevertretung werden auf der Internetseite <http://www.amt-neuburg.de> unter dem Link „Allris-Bürgerinfo“ im Sitzungskalender öffentlich bekannt gemacht. Die Bekanntmachungsfrist bestimmt sich nach der Ladungsfrist gemäß Geschäftsordnung. Die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Gemeindevertretungssitzungen sind dort ebenfalls einzusehen.
- (5) Satzungen sowie sonstige öffentliche Bekanntmachungen aufgrund von Vorschriften des BauGB erfolgen durch Aushang an der Bekanntmachungstafel Stove – Kreuzung Mühlenstraße / Zum Breitling. Die Dauer des Aushangs beträgt 14 Tage. Der Tag des Aushangs und der Abnahme werden nicht mitgerechnet, aber auf dem ausgehängten Schriftstück mit Unterschrift und Dienstsiegel vermerkt. Die Bekanntmachung ist mit dem Ablauf des letzten Tages der Aushangfrist bewirkt. Ergänzend dazu erfolgt der Hinweis im Internet, zu erreichen über den Link „Gemeinde Boiensdorf / Bekanntmachungen“ auf der Homepage des Amtes Neuburg unter der Internetadresse <http://www.amt-neuburg.de>.

## **§ 9 In-Kraft-Treten**

Die Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Boiensdorf, den 15.10.2019

---

Jacob  
Bürgermeister

Siegel

